



Italien steht seit Jahren an der Frontlinie der Migrationskrise in Europa, und unter der Führung von Giorgia Meloni wird nun eine neue, umstrittene Strategie verfolgt: die Auslagerung von Asylanträgen nach Albanien. Im Rahmen eines bahnbrechenden Abkommens sollen Migranten, die von den italienischen Küstenwachen im Mittelmeer abgefangen werden, nicht in Italien, sondern in Albanien aufgenommen und dort deren Asylanträge bearbeitet werden.

Die Rolle Albaniens

Ein kleines Hafenstädtchen im Norden Albaniens, Shengjin, soll bis zu 500 Migranten beherbergen – jedoch nur kurzfristig. Das Ziel dieser Strategie ist es, die Migranten nach der Rettung auf italienischen Schiffen zu sortieren: Frauen, Kinder und besonders gefährdete Personen dürfen nach Italien einreisen, während erwachsene Männer nach Albanien gebracht werden.

In Albanien angekommen, sollen diese Migranten maximal 28 Tage in einem speziellen Zentrum bleiben, während ihre Asylanträge nach den EU-Vorgaben von italienischen Beamten bearbeitet werden. Die Bewohner in der Umgebung scheinen den Bau dieser Zentren positiv aufzunehmen, jedoch stellt diese Praxis ein Novum in der europäischen Migrationspolitik dar.

Kritische Stimmen: Menschenrechte in Gefahr?

Die Idee, Asylverfahren auszulagern, ist nicht neu, aber die Umsetzung in einem Nicht-EU-Land wirft viele rechtliche und ethische Fragen auf. Menschenrechtsorganisationen und die europäische Justiz haben Bedenken bezüglich des Schutzes der Menschenrechte der Migranten geäußert. Besonders problematisch ist, dass diese Praxis potenziell gegen internationale Abkommen verstoßen könnte, die den Zugang zu einem fairen Asylverfahren gewährleisten sollen.

Giorgia Melonis Ziel

Melonis Motivation hinter dieser Strategie ist klar: Sie möchte die Migrationsfrage aus Italien heraus verlagern und so den Druck auf das nationale Asylsystem verringern. Diese Politik spiegelt die zunehmende Härte wider, die viele europäische Länder in Bezug auf Migration zeigen. Doch die langfristigen Auswirkungen dieser Taktik, sowohl für die betroffenen Migranten als auch für die politischen Beziehungen innerhalb der EU, bleiben abzuwarten.



Während Albanien als Partner auftritt, bleibt die Frage offen, ob dies ein Modell ist, dem andere europäische Länder folgen werden – und welche Kosten dies für die Menschenrechte mit sich bringt.